Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2722**
16. Wahlperiode 26. 09. 2006

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/2526 –

Steuerbürokratie in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Bundesrechnungshof hat in seinem Gutachten vom 3. August 2006 festgestellt, dass ein Großteil der Steuererklärungen in den Finanzämtern nicht mehr ordnungsgemäß geprüft werden kann. Die Steuergerechtigkeit sei damit nicht mehr gewährleistet. Laut Bundesrechnungshof erschwere eine komplizierte und sich ständig ändernde Steuergesetzgebung erheblich die Arbeit der Finanzämter. Der Bundesrechnungshof kritisiert, dass es der Finanzverwaltung nicht mehr möglich sei, sich einen Überblick über die geltende Rechtslage in den jeweiligen Veranlagungsjahren zu verschaffen. Die umfangreichen und unverständlichen Regelungen führten dazu, dass viele Steuerfragen auf dem Rechtsweg entschieden werden müssen. Die Gerichtsurteile müssten wiederum von der Verwaltung berücksichtigt und umgesetzt werden, was die Arbeit in den Finanzämtern weiter erschwere.

Der Bericht des Bundesrechnungshofes zeigt deutlich, dass die Steuergesetzgebung in ihrer bisherigen Form den Ansprüchen an ein modernes, einfaches und gerechtes Steuersystem nicht mehr gerecht wird.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es sich bei der angesprochenen Einschätzung des Bundesrechnungshofes um Empfehlungen des Präsidenten des Bundesrechnungshofes handelt, die er in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung veröffentlicht.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 20. September 2006 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Bundesrechnungshofes, dass ein Großteil der Steuererklärungen nicht mehr ordnungsgemäß geprüft werden kann?

Eine Reihe von Feststellungen des Bundesrechnungshofs und der Rechnungshöfe der Länder haben aufgezeigt, dass die Durchdringung komplizierter Sachverhalte immer wieder zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Bearbeitung geführt hat und es in der Folge zu teilweise gravierenden Steuerausfällen gekommen ist. Parallel war zu beobachten, dass die Länder innerhalb von sechs Jahren rund 12 900 Stellen in den Finanzämtern abgebaut haben.

In den Bereichen Organisation, Personal und Haushalt kann die Bundesregierung nicht unmittelbar auf die Länder einwirken. Mit dem Föderalismusreform-Begleitgesetz wird die Einführung eines bundesweit einheitlichen Verwaltungs-Controllings und damit eine eher mittelbare Einwirkung möglich.

2. Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass bei der Bearbeitung der Steuererklärungen quantitative Ziele eine größere Rolle spielen als qualitative Maßstäbe?

Nein.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Bundesrechnungshofes, dass veranlagungsbegleitende und -fremde Tätigkeiten zunehmen und so für die eigentliche Veranlagungsarbeit immer weniger Zeit bleibt?

Der Anteil der veranlagungsbegleitenden Tätigkeiten kann nur bedingt als Indikator für effektives Verwaltungshandeln herangezogen werden, da es wesentlich davon abhängt, welche Tätigkeiten als „veranlagungsbegleitend“ und „veranlagungsfremd“ bzw. als „eigentliche Veranlagungsarbeit“ eingestuft werden. Postbearbeitung, Publikumsverkehr und Bearbeitung von Rechtsbehelfen werden zwar als veranlagungsbegleitend angesehen, hängen jedoch ursächlich mit der Veranlagung zusammen. Anders verhält es sich mit Tätigkeiten wie z. B. der Ablage: Hier wird durch den Einsatz von Automationsverfahren eine Arbeitserleichterung angestrebt.

4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrechnungshofes, dass die ständig geänderte und daher komplizierte Steuergesetzgebung die Arbeit in den Veranlagungsstellen erheblich erschwert?

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die infolge der ständig geänderten Steuergesetzgebung herausgegebenen Verwaltungsanweisungen die Arbeit in den Finanzämtern ebenfalls erschweren?

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass komplizierte steuerrechtliche Regelungen, die zudem häufig auch kurzfristig geändert werden, zu Fehlern bei der Rechtsanwendung und daher zu vermehrten Einspruchsverfahren führen?

Die Fragen 4, 5 und 6 werden zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Nein, die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht.

Die Beseitigung von steuerlichen Begünstigungen und Ausnahmetatbeständen oder gar die Aufhebung kompletter Steuergesetze – wie z. B. aktuell etwa die Abschaffung der Eigenheimzulage – führt insgesamt zu mehr Transparenz und erleichterter Rechtsanwendung. Das Schließen von Steuerschlupflöchern ist

eine haushaltspolitische Notwendigkeit und auch aus Gründen der Steuergerechtigkeit geboten. Die Umsetzung bzw. Berücksichtigung der Rechtsprechung nationaler Gerichte und des Europäischen Gerichtshofs ist darüber hinaus zwingend erforderlich. Die in diesem Gesamtzusammenhang rechtserläuternd herausgegebenen Verwaltungsvorschriften bedeuten daher keine Erschwernis der Arbeit in den Finanzämtern, sondern sind ein unverzichtbares Hilfsmittel für die Steuerverwaltung.

7. Welche Vorschriften des Einkommensteuer-, des Körperschaftsteuer- und des Umsatzsteuergesetzes wurden seit Beginn der 15. Legislaturperiode – gegebenenfalls mehrfach – geändert?

Die Gesetze, Fundstellen und Vorschriften sind in den Anlagen 1 bis 3 aufgeführt.

8. Wie viele Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen wurden seit Beginn der 15. Legislaturperiode herausgegeben?

In der 15. Legislaturperiode sind 616 Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) ergangen, davon sind noch 547 gültig.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Bundesrechnungshofes und der Rechnungshöfe mehrerer Länder, dass insbesondere unter dem Druck zeitgerechter Mengenbewältigung die Steuern unvollständig und ungleich festgesetzt werden?

Siehe Antwort zu Frage 1.

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze nicht mehr gewährleistet ist?

Siehe Antwort zu Frage 14.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Effizienz der deutschen Steuerverwaltung im europäischen Vergleich?

Für den Vergleich der Effizienz der Steuerverwaltungen wird regelmäßig auf das Verhältnis von den Steuereinnahmen zu den Kosten der Steuerverwaltung abgestellt.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen,

- dass die jeweiligen Aufgaben der Steuerverwaltungen sehr unterschiedlich sind (z. B. sind in einigen Ländern Steuer- und Zollverwaltung zusammengefasst oder es werden Sozialbeiträge erhoben),
- wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind (z. B. ob eine Selbstveranlagung wie in den USA vorgeschrieben ist),
- dass die Höhe der Steuersätze und damit die Höhe der Steuereinnahmen die Interventionsquote beeinflusst, ohne dass daraus Schlüsse auf die Effizienz möglich wären.

Eine abschließende Beurteilung zur Effizienz der deutschen Steuerverwaltung im europäischen Vergleich ist daher nicht möglich. Festzustellen ist jedoch auch, dass einer föderal organisierten Steuerverwaltung dem Grunde nach gewisse Effizienznachteile innewohnen.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung des Bundesrechnungshofes, das Steuerrecht durchgreifend zu vereinfachen, weil die Steuerverwaltung nicht mehr in der Lage ist, die Vielzahl der äußerst komplizierten Regelungen entsprechend dem Willen des Gesetzgebers umzusetzen?

Siehe Antwort zu Frage 14.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung des Bundesrechnungshofes, die Einführung eines vollelektronischen Veranlagungsverfahrens auf der Basis bundesweit kompatibler Steuersoftware einzuführen?

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es sich bei der angesprochenen Einschätzung des Bundesrechnungshofes um Empfehlungen des Präsidenten des Bundesrechnungshofes handelt, die er in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung veröffentlicht. Darin werden neben den Problemen beim Vollzug der Steuergesetze auch die Position der Bundesregierung und ihre Stellungnahme zu den Feststellungen des Bundesrechnungshofes dargestellt. Auf die Seiten 123 f. und 187 der Empfehlungen wird daher hingewiesen.

Die Empfehlung zur Einführung eines vollelektronischen Veranlagungsverfahrens wird befürwortet, die tatsächliche Realisierung ist jedoch nur schrittweise möglich. Grundlage hierfür ist zunächst der Einsatz einheitlicher Software in allen Ländern anstelle der gegenwärtig länderspezifischen Automationsunterstützungen für das Besteuerungsverfahren. Ein schneller produktiver Einsatz einheitlicher Software ist vorrangiges Ziel des Bundes bei seiner Beteiligung am Vorhaben KONSENS der Finanzministerkonferenz (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung). Im Rahmen der gegebenen föderalen Ordnung ist es dem Bund nicht möglich, ein eigenes Automationsverfahren zu entwickeln bzw. zu beschaffen und im Steuerveranlagungsverfahren der Länder gegen die Mehrheit der Länder einzusetzen. In Zusammenarbeit mit allen Ländern wurden bereits erste Schritte für ein vollelektronisches Veranlagungsverfahren realisiert. Hierzu gehören z. B. die länderübergreifende Kommunikation in ELSTER sowie die elektronische Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung als Vorstufe einer virtuellen Lohnsteuerkarte. Die beschlossene Einführung der Identifikationsnummer und Wirtschafts-Identifikationsnummer ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem vollelektronischen Veranlagungsverfahren.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Bundesrechnungshof bei der Verwaltung der Gemeinschaftssteuern festgestellten Mängel, die überwiegend im föderalen Steuersystem begründet liegen sollen?

Die Fragen 10, 12 und 14 stehen in engem sachlichen Zusammenhang und werden daher gemeinsam wie folgt beantwortet:

In der Veröffentlichung des Präsidenten des Bundesrechnungshofes in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung werden neben den Problemen beim Vollzug der Steuergesetze auch die Position der Bundesregierung und ihre Stellungnahme zu den Feststellungen des Bundesrechnungshofes dargestellt. Auf die Seiten 123 f. und 187 der Empfehlungen wird daher hingewiesen.

Des Weiteren hat die Bundesregierung bereits Maßnahmen zur Verbesserung des Steuervollzugs eingeleitet: Mit dem Föderalismusreform-Begleitgesetz wird eine punktuelle Stärkung der Rechtsposition des Bundes im Bereich der steuerlichen Auftragsverwaltung erreicht. Die Einführung eines bundesweit einheit-

lichen Verwaltungs-Controllings bzw. Risikomanagementsystems ist nunmehr rechtlich abgesichert. Das Bundeszentralamt für Steuern erhält außerdem mehr Einfluss auf Inhalte und Verfahren bei Außenprüfungen.

Hinsichtlich der Empfehlung des Bundesrechnungshofs zur Verbesserung des Vollzugs der Steuergesetze in Deutschland, ein vollelektronisches Veranlagungsverfahren auf der Basis bundesweit kompatibler Steuersoftware einzuführen, verweise ich auf die Antwort zu Frage 13.

Weitergehende Vorschläge des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung – wie z. B. die Einführung einer Selbstveranlagung – wird die Bundesregierung eingehend prüfen.

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung durch Übertragung der Verwaltungskompetenz bei den Gemeinschaftssteuern von den Ländern auf den Bund?

Die Bundesregierung hat sich den u. a. bei den Beratungen der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung vom BMF vertretenen Ansatz, die Verwaltungskompetenz für die Gemeinschaftsteuern dem Bund zuzuweisen („Bundessteuerverwaltung“), bereits vor geraumer Zeit zu eigen gemacht. Sie hält die Bundessteuerverwaltung für einen Erfolg versprechenden Weg, den Steuervollzug in Deutschland einheitlicher und insgesamt wirkungsvoller zu machen. Da die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung insbesondere einer Verfassungsänderung bedarf, die Länder allerdings diesem Modell bislang ganz überwiegend ablehnend gegenüberstehen, ist in absehbarer Zeit nicht mit einer Realisierung des Vorschlags zu rechnen. Im Interesse kurzfristig wirkender Maßnahmen zur Verbesserung des Steuervollzugs sieht das Föderalismusreform-Begleitgesetz deshalb – als so genannte kleine Lösung – zunächst einfachgesetzliche Regelungen zur punktuellen Stärkung der Rechtsposition des Bundes im Bereich der steuerlichen Auftragsverwaltung vor, die konsequent umgesetzt werden und zu gegebener Zeit evaluiert werden sollten. Als mittelfristiges Ziel verfolgt die Bundesregierung jedoch weiterhin die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung für die Gemeinschaftsteuern.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung als Alternative zu einer Bundessteuerverwaltung die effektivere Ausnutzung des Weisungsrechts des Bundes bei der Auftragsverwaltung der Länder (Artikel 85 Abs. 3 GG)?

Die dem Bund bei der steuerlichen Auftragsverwaltung eingeräumten Befugnisse – auch das Weisungsrecht des Artikels 85 Abs. 3 i. V. m. Artikel 108 Abs. 3 GG – sind zwangsläufig schwächer ausgestaltet als das Instrumentarium, das der obersten Bundesbehörde im Falle einer bundeseigenen Verwaltung zur Verfügung stünde. Zudem ist die Reichweite speziell des genannten Weisungsrechts verfassungsrechtlich teilweise umstritten. Allein aus diesen Gründen kann eine intensivere Nutzung der Kompetenzen des Bundes im Rahmen der steuerlichen Auftragsverwaltung keine gleichwertige Alternative zu dem Ansatz einer Bundessteuerverwaltung darstellen. Unabhängig davon ist die effektive Nutzung aller dem Bund bei der Auftragsverwaltung zustehenden Kompetenzen im Interesse eines effizienten Steuervollzugs selbstverständlich.

17. Welche weiteren Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts im Sinne des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD plant die Bundesregierung?

Die Bundesregierung strebt an, den Steuervollzug für Bürger, Unternehmen und Verwaltung spürbar zu erleichtern. Nicht zuletzt im Interesse der Steuervereinfachung hat sie deshalb verwaltungsaufwändige bzw. streitanfällige Ausnahmetatbestände, wie z. B. den Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer eingeschränkt.

Ein besonderer Schwerpunkt ist der Abbau überflüssiger Steuerbürokratie. Zu diesem Zweck wurden bereits folgende Maßnahmen umgesetzt, die vor allem der mittelständischen Wirtschaft zugute kommen:

- Die steuerliche Buchführungspflichtgrenze nach dem Umsatz in der Abgabenordnung wurde nochmals deutlich von 350 000 Euro auf 500 000 Euro angehoben.
- Die umsatzsteuerlichen Betragsgrenzen für Kleinbetragsrechnungen wurden von 100 Euro auf 150 Euro angehoben. Dadurch unterliegen künftig 170 Mio. Rechnungen verminderten Angabepflichten. Dies entlastet vor allem die rund 650 000 Unternehmer, die Bargeschäfte des täglichen Lebens ausführen.
- Die geltende Umsatzgrenze für die „Ist-Besteuerung“ bei der Umsatzsteuer in den alten Bundesländern wurde ab 1. Juli 2006 auf 250 000 Euro angehoben (Verdopplung).
- Die Geltung der besonderen Umsatzgrenze in Höhe von 500 000 Euro in den neuen Bundesländern wurde bis 31. Dezember 2009 verlängert.
- Im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit wurde ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung verbindlicher steuerrechtlicher Auskünfte ausdrücklich im steuerlichen Verfahrensrecht verankert (§ 89 Abs. 2 AO – neu).

Des Weiteren hat die Bundesregierung am 25. April 2006 beschlossen, u. a. folgende Maßnahmen mittelfristig umzusetzen:

- Das Bundesministerium der Finanzen wird den Steuerabzug bei Bauleistungen durch ein Gutachten evaluieren lassen und entsprechend dem Ergebnis prüfen, ob die Bauabzugsteuer abgeschafft werden kann.
- Des Weiteren wird der Abbau von steuerlichen Verwaltungsvorschriften fortgesetzt. In Abstimmung mit den Ländern werden die BMF-Schreiben überprüft, die vom 1. Januar 1980 bis zum 31. Dezember 2004 ergangen sind. Nach Abschluss dieser Maßnahme wird ein wesentlicher Beitrag geleistet sein, die Anwendung des geltenden Steuerrechts einfacher zu gestalten.
- Für sog. geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die bereits im Jahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe abgeschrieben werden, wird die maßgebliche Betragsgrenze zur Aufnahme in das Bestandsverzeichnis von 60 Euro auf 100 Euro im Rahmen der nächsten Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien voraussichtlich 2007 angehoben. Aufgrund der damit verbundenen Entlastung der Buchführung des Steuerpflichtigen unterliegen künftig praktisch alle Unternehmer verminderten Angabepflichten.
- Das Bundesministerium der Finanzen beabsichtigt, das Formular für die Einnahmen-Überschuss-Rechnung nach Umsetzung der geplanten Unternehmensteuerreform zu evaluieren.
- Das Bundesministerium der Finanzen wird im Übrigen die bereits begonnene Modernisierung des Lohn- und Einkommensteuerverfahrens weiter vorantreiben. Durch den Ausbau der elektronischen Kommunikation sollen die bisherigen papiergebundenen Verfahrensabläufe weitgehend entbehrlich

werden, sodass die herkömmliche Lohnsteuerkarte überflüssig wird. Es liegt auf der Hand, dass dies bei mehr als 50 Millionen Lohnsteuerbescheinigungen jährlich eine enorme Ersparnis bürokratischer Belastungen mit sich bringt. Für die Einführung der „virtuellen Lohnsteuerkarte“ ist allerdings die vorherige Vergabe eines eindeutigen, einheitlichen steuerlichen Identifikationsmerkmals für alle Steuerpflichtigen zwingend. Dazu müssen insbesondere auf Seiten der Kommunen noch organisatorische und datentechnische Voraussetzungen geschaffen werden.

Des Weiteren ist geplant, die steuerlichen Bestimmungen zum Spendenabzug einfacher, übersichtlicher und praktikabler zu gestalten.

Anlage 1 zur
Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing u.a. und der Fraktion der FDP;
"Steuerbürokratie in Deutschland";
BT-Drs. 16/2526 vom 5. September 2006;

Einkommensteuergesetz,

geändert durch folgende Gesetze:

Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
Zitierdatum: 2002-12-23
Fundstelle: BGBl I 2002, 4621

Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung
Zitierdatum: 2003-01-15
Fundstelle: BGBl I 2003, 58

Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz)
Zitierdatum: 2003-05-16
Fundstelle: BGBl I 2003, 660

Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz)
Zitierdatum: 2003-07-31
Fundstelle: BGBl I 2003, 1550

Achte Zuständigkeitsanpassungsverordnung
Zitierdatum: 2003-11-25
Fundstelle: BGBl I 2003, 2304

Zweites Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003)
Zitierdatum: 2003-12-15
Fundstelle: BGBl I 2003, 2645

Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz)
Zitierdatum: 2003-12-15

Fundstelle: BGBl I 2003, 2676

Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
Zitierdatum: 2003-12-22
Fundstelle: BGBl I 2003, 2840

Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
Zitierdatum: 2003-12-23
Fundstelle: BGBl I 2003, 2848

Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze
Zitierdatum: 2003-12-23
Fundstelle: BGBl I 2003, 2922

Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
Zitierdatum: 2003-12-24
Fundstelle: BGBl I 2003, 2954

Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
Zitierdatum: 2003-12-27
Fundstelle: BGBl I 2003, 3019

Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
Zitierdatum: 2003-12-27
Fundstelle: BGBl I 2003, 3022

Haushaltsbegleitgesetz 2004
Zitierdatum: 2003-12-29
Fundstelle: BGBl I 2003, 3076 (2004, 69)

Gesetz zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz)
Zitierdatum: 2004-07-05
Fundstelle: BGBl I 2004, 1427

Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
Zitierdatum: 2004-07-21
Fundstelle: BGBl I 2004, 1753

Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung
Zitierdatum: 2004-07-23
Fundstelle: BGBl I 2004, 1842

Gesetz zur Förderung von Wagniskapital
Zitierdatum: 2004-07-30
Fundstelle: BGBl I 2004, 2013

Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-07-30
Fundstelle: BGBl I 2004, 1950

Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der Europäischen Union sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG des Rates vom 3. Juni 2003 über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-12-02
Fundstelle: BGBl I 2004, 3112

Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
Zitierdatum: 2004-12-09
Fundstelle: BGBl I 2004, 3242

Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-12-09
Fundstelle: BGBl I 2004, 3310

Gesetz zu dem Dritten Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete
Zitierdatum: 2004-12-15

Fundstelle: BGBl II 2004, 1653

Gesetz zur Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei
Zitierdatum: 2005-06-21
Fundstelle: BGBl I 2005, 1818

Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
Zitierdatum: 2005-09-22
Fundstelle: BGBl I 2005, 2809

Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
Zitierdatum: 2005-12-22
Fundstelle: BGBl I 2005, 3682

Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen
Zitierdatum: 2005-12-22
Fundstelle: BGBl I 2005, 3683

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
Zitierdatum: 2006-04-26
Fundstelle: BGBl I 2006, 1091

Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
Zitierdatum: 2006-04-28
Fundstelle: BGBl I 2006, 1095

Gesetz zur Modernisierung des Schuldenwesens des Bundes Bundesschuldenwesenmodernisierungsgesetz
Zitierdatum: 2006-07-12
Fundstelle: BGBl I 2006, 1466

Steueränderungsgesetz 2007
Zitierdatum: 2006-07-19
Fundstelle: BGBl I 2006, 1652

Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Zitierdatum: 2006-07-20
Fundstelle: BGBl I 2006, 1706

Föderalismusreform-Begleitgesetz
Zitierdatum: 2006-09-05
Fundstelle: BGBl. I 2006, 2098

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 1a Abs. 1 Einleitungssatz	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 1a Abs. 1 Nr. 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 1a Abs. 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 2 Abs. 3 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 2 Abs. 3 Sätze 2 bis 8	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 2 Abs. 5 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 2 Abs. 6 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2007
§ 2b	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 3	Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt Alterseinkünftegesetz Gesetz zur Förderung von Wagniskapital
§ 3 Nr. 2	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
§ 3 Nr. 4	Gesetz zur Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei
§ 3 Nr. 9	Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
§ 3 Nr. 9 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 3 Nr. 9 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 3 Nr. 10	Haushaltsbegleitgesetz 2004 Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
§ 3 Nr. 11	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 3 Nr. 13 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2007
§ 3 Nr. 14	Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
§ 3 Nr. 15	Haushaltsbegleitgesetz 2004 Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
§ 3 Nr. 16	Steueränderungsgesetz 2007
§ 3 Nr. 34	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 3 Nr. 35	Steueränderungsgesetz 2003
§ 3 Nr. 38	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 3 Nr. 39	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 3 Nr. 58	Föderalismusreform-Begleitgesetz
§ 3 Nr. 59	Föderalismusreform-Begleitgesetz
§ 3 Nr. 62 Satz 3	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 3 Nr. 63 Satz 1	Alterseinkünftegesetz; Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 3 Nr. 63 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 3 Nr. 65	Alterseinkünftegesetz
§ 3b Abs. 2 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 4	Steueränderungsgesetz 2007
§ 4 Abs. 1 Satz 3 und 4	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 4 Abs. 3 Satz 4 und 5	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 4 Abs. 5 Satz 1	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 Satz 2 und 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 Satz 3	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b	Steueränderungsgesetz 2007
§ 4d Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe d	Alterseinkünftegesetz
§ 4f Satz 1	Steueränderungsgesetz 2007
§ 5	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 5 Abs. 4a	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 5a Abs. 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen; Steueränderungsgesetz 2007
§ 6a	Alterseinkünftegesetz
§ 6b Abs. 1 Satz 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 6b Abs. 1 Satz 2	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 7 Abs. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7 Abs. 2	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 7 Abs. 2 Satz 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7 Abs. 4 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7 Abs. 5	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe b	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe c	Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
§ 7g Abs. 2 Nr. 3	Kleinunternehmerförderungsgesetz
§ 7g Abs. 8 Satz 2 Nr. 1 und 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 7g Abs. 8 Satz 2 Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 7g Abs. 8 Satz 2 Nr. 3 und 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 7g Abs. 8 Satz 2 Nr. 6	Steueränderungsgesetz 2003
§ 7g Abs. 8 Satz 2 Nr. 7	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 7h Abs. 1 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7h Abs. 1 Satz 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7i Abs. 1 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 7i Abs. 1 Satz 5	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 8 Abs. 2 Satz 5	Steueränderungsgesetz 2007
§ 8 Abs. 2 Satz 9	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 8 Abs. 3 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4	Steueränderungsgesetz 2007
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 5	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 6	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Sätze 1 bis 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 3 bis 6	Steueränderungsgesetz 2007
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 4	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 5	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 9 Abs. 2	Steueränderungsgesetz 2007
§ 9 Abs. 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 9 Abs. 5	Steueränderungsgesetz 2003
§ 9 Abs. 5 Satz 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 9a Satz 1 Nr. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004 Alterseinkünftegesetz
§ 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 9a Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 10	Alterseinkünftegesetz Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 10 Abs. 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 10 Abs. 1 Nr. 1a Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 10 Abs. 1 Nr. 2	Alterseinkünftegesetz
§ 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 10 Abs. 1 Nr. 3	Alterseinkünftegesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 10 Abs. 1 Nr. 6	Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
§ 10 Abs. 1 Nr. 7	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
§ 10 Abs. 1 Nr. 7 Satz 4	Steueränderungsgesetz 2007
§ 10 Abs. 2	Alterseinkünftegesetz
§ 10 Abs. 3	Alterseinkünftegesetz
§ 10 Abs. 3 Satz 3	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 10a Abs. 1 Satz 1	Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung Alterseinkünftegesetz
§ 10a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3	Alterseinkünftegesetz
§ 10a Abs. 1 Satz 3	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 10a Abs. 1a	Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung Alterseinkünftegesetz
§ 10a Abs. 2 Satz 3	Alterseinkünftegesetz
§ 10a Abs. 4	Alterseinkünftegesetz
§ 10a Abs. 5	Alterseinkünftegesetz
§ 10c	Alterseinkünftegesetz
§ 10c Abs. 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 10c Abs. 2	Alterseinkünftegesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 10c Abs. 2 Satz 2 Nr. 1	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 10c Abs. 3	Alterseinkünftegesetz
§ 10c Abs. 4	Alterseinkünftegesetz Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 10d Abs. 1	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 10d Abs. 2	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 10d Abs. 3	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 10d Abs. 4 Satz 1	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 10f Abs. 1 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 10f Abs. 2 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 10g Abs. 1 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 11	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 12	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 12 Satz 1	Alterseinkünftegesetz
§ 13 Abs. 7	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 15 Abs. 4	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 15 Abs. 4 Satz 6	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 16 Abs. 4 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 16 Abs. 4 Satz 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 17 Abs. 3 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 17 Abs. 3 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 18 Abs. 1	Gesetz zur Förderung von Wagniskapital
§ 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 18 Abs. 4 Satz 2	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 19a Abs. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 19 Abs. 1 Satz 1	Alterseinkünftegesetz
§ 19 Abs. 2	Alterseinkünftegesetz
§ 19a Abs. 2 Satz 8	Steueränderungsgesetz 2003
§ 20 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2	Steuervergünstigungsabbaugesetz; Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 20 Abs. 1 Nr. 6	Alterseinkünftegesetz
§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe b Satz 1	Kleinunternehmerförderungsgesetz
§ 20 Abs. 4 Satz 1 und 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Steueränderungsgesetz 2007
§ 20 Abs. 4 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 21 Abs. 1 Satz 2	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 21 Abs. 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 22 Nr. 1 Satz 1	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 22 Nr. 1 Satz 3	Alterseinkünftegesetz
§ 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe b	Alterseinkünftegesetz
§ 22 Nr. 5	Alterseinkünftegesetz
§ 22a Abs. 2 Satz 2	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 24a	Alterseinkünftegesetz
§ 24b	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
§ 26a Abs. 2	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 26a Abs. 2 Satz 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 26c Abs. 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 31 Satz 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 31 Satz 5	Alterseinkünftegesetz
§ 31 Sätze 6 und 7	Steueränderungsgesetz 2003
§ 32 Abs. 1 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 32 Abs. 4 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 32 Abs. 5 Satz 1 und 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 32 Abs. 7	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 32a Abs. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Steueränderungsgesetz 2007
§ 32a Abs. 2 und 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 32a Abs. 5	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 32b	Steueränderungsgesetz 2003
§ 32b Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Kleinunternehmerförderungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2003
§ 32b Abs. 3 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 33 Abs. 2 Satz 2	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 33a Abs. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 33a Abs. Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 33b Abs. 6	Steueränderungsgesetz 2003 Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 33 c	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 34 Abs. 3 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 34c Abs. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 34c Abs. 6	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 35 Abs. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 35 Abs. 1 Sätze 2 und 3	Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze
§ 35 Abs. 2	Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze Gesetz zu dem Dritten Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 zum DBA zwischen Deutschland und dem Königreich der Niederlande
§ 35 Abs. 3	Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze
§ 35a Abs. 1 Satz 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 35a Abs. 2	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 36 Abs. 2 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 37 Abs. 3 Satz 5	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 37a Abs. 1 Satz 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 38 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 38 Abs. 4 Satz 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 38b Satz 2 Nr. 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 39 Abs. 4 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 39a Abs. 1	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
§ 39a Abs. 1 Nr. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 39a Abs. 1 Nr. 2	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 39a Abs. 1 Nr. 3	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 39a Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe c	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 39a Abs. 2 Satz 4	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 39a Abs. 3 Satz 1	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
§ 39a Abs. 3 Satz 2	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 39a Abs. 6	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 39b Abs. 2 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 39b Abs. 2 Satz 6 Nr. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 39b Abs. 2 Satz 6 Nr. 3	Steueränderungsgesetz 2003 Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 39b Abs. 2 Satz 6 Nr. 4	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 39b Abs. 2 Satz 7	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 39b Abs. 2 Satz 8	Haushaltsbegleitgesetz 2004: Steueränderungsgesetz 2007
§ 39b Abs. 2 Satz 13	Steueränderungsgesetz 2003
§ 39b Abs. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 39b Abs. 3 Satz 3	Alterseinkünftegesetz
§ 39b Abs. 3 Satz 6	Alterseinkünftegesetz
§ 39b Abs. 3 Satz 8	Steueränderungsgesetz 2003
§ 39b Abs. 3 Satz 9	Steueränderungsgesetz 2003

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 39b Abs. 6 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 39b Abs. 7	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 39c	Steueränderungsgesetz 2003
§ 39c Abs. 5	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 39d Abs. 1 Satz 4	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 39d Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 39d Abs. 3 Satz 4	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 39d Abs. 3 Satz 5	Steueränderungsgesetz 2003
§ 40 Abs. 2 Satz 2 und 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 40a	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 40a Abs. 2	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 40a Abs. 3 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 40a Abs. 4	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 40a Abs. 6 Satz 1	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 40a Abs. 6 Satz 4	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 40a Abs. 6 Satz 6	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 40a Abs. 6 Satz 5	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 40b Abs. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 40b Abs. 2	Alterseinkünftegesetz
§ 40b Abs. 4 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 41 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 41 Abs. 1 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 41a Abs. 1 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 41b	Steueränderungsgesetz 2003
§ 41b Abs. 1 Satz 2 Nr. 8	Alterseinkünftegesetz
§ 41b Abs. 1 Satz 2 Nr. 11	Alterseinkünftegesetz
§ 41b Abs. 1 Satz 2 Nr. 12	Alterseinkünftegesetz
§ 41c Abs. 3 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 41c Abs. 4 Satz 1 Nr. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42b Abs. 1 Satz 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42b Abs. 1 Satz 4 Nr. 3	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
§ 42b Abs. 1 Satz 4 Nr. 3a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42b Abs. 1 Satz 4 Nr. 4a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42b Abs. 2 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42b Abs. 2 Satz 3	Steueränderungsgesetz 2003 Alterseinkünftegesetz
§ 42b Abs. 4 Satz 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42d	Steueränderungsgesetz 2003
§ 42d Abs. 2	Steueränderungsgesetz 2003

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 42d Abs. 6 Satz 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 42f	Steueränderungsgesetz 2003
§ 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 43 Abs. 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 43a Abs. 4 Satz 1 und 2	Gesetz zur Modernisierung des Schuldenwesens des Bundes
§ 43b	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 44	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 44 Abs. 1 Satz 5	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
§ 44a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 44a Abs. 7	Steueränderungsgesetz 2003
§ 44a Abs. 7 Satz 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 44a Abs. 8 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 44b Abs. 2 Satz 1	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 44c	Steueränderungsgesetz 2003
§ 45a Abs. 1 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 45b	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 45b Abs. 3 Satz 1 und 2	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 45d Abs. 1 Satz 1	Investmentmodernisierungsgesetz; Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
	Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 45d Abs. 2	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 45e Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 46 Abs. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 46 Abs. 2 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 46 Abs. 2 Nr. 4a Buchstabe c	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 46 Abs. 2 Nr. 4a Satz 1 Buchstaben d und e	Steueränderungsgesetz 2003
§ 46 Abs. 2 Nr. 5	Steueränderungsgesetz 2003
§ 46 Abs. 2a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 48b Abs. 6 Satz 1 und 2	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 49 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe f Satz 1	Steueränderungsgesetz 2007
§ 49 Abs. 1 Nr. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 49 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe d	Steueränderungsgesetz 2007
§ 49 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe a	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 49 Abs. 1 Nr. 5 Buchstaben a und b	Investmentmodernisierungsgesetz
§ 49 Abs. 1 Nr. 7	Alterseinkünftegesetz
§ 50 Abs. 1 Satz 4	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 50 Abs. 1 Satz 5	Richtlinien-Umsetzungsgesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 50 Abs. 1 Satz 6	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 Satz 4,5 und 8	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 50a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 50a Abs. 4 Satz 4 und 5 Nr. 4	Steueränderungsgesetz 2007
§ 50b Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003; Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 50d	Steueränderungsgesetz 2003 EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz
§ 50d Abs. 1 Satz 1	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz
§ 50d Abs. 1 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 50d Abs. 1 Satz 3, 6	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 50d Abs. 2 Satz 1	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz; Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 50d Abs. 2 Satz 2	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz
§ 50d Abs. 2 Satz 4	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz; Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 50d Abs. 4 Satz 1	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 50d Abs. 5 Satz 1	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 50d Abs. 5 Satz 7	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz
§ 50e	Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung
§ 50e Abs. 1 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 50g	Steueränderungsgesetz 2007
§ 50g Abs. 3 Nr. 5 Buchstabe b Satz 2	Steueränderungsgesetz 2007
§ 50h	Steueränderungsgesetz 2007
§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe n Doppelbuchstabe bb Satz 4	Achte Zuständigkeitsanpassungsverordnung
§ 51 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe c	Steueränderungsgesetz 2003
§ 51 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe d	Steueränderungsgesetz 2003
§ 51 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe i	Steueränderungsgesetz 2003
§ 51 Abs. 4 Nr. 1a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 51a Abs. 2a Satz 1	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 52	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung; Steueränderungsgesetz 2003; Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
	Zuwanderungsgesetz Richtlinien-Umsetzungsgesetz; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 52 Abs. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz; Steueränderungsgesetz 2003 Alterseinkünftegesetz Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm; Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 4	Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 52 Abs. 4a	Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm
§ 52 Abs. 4c	Gesetz zur Förderung von Wagniskapital
§ 52 Abs. 6	Alterseinkünftegesetz
§ 52 Abs. 10	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 52 Abs. 12	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Haushaltsbegleitgesetz 2004; Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 52 Abs. 12c	Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 15	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 52 Abs. 16	Steueränderungsgesetz 2003; Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 52 Abs. 16 Satz 8	Steueränderungsgesetz 2003
§ 52 Abs. 16 Satz 11	Steueränderungsgesetz 2003

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 52 Abs. 16b	Alterseinkünftegesetz
§ 52 Abs. 21	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 52 Abs. 23	Kleinunternehmerförderungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 52 Abs. 23a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 52 Abs. 23c	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 52 Abs. 24	Alterseinkünftegesetz; Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 24c	Alterseinkünftegesetz
§ 52 Abs. 25	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 52 Abs. 34b	Alterseinkünftegesetz
§ 52 Abs. 36	Alterseinkünftegesetz Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 52 Abs. 37a	Kleinunternehmerförderungsgesetz
§ 52 Abs. 38	Alterseinkünftegesetz Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung iZm Steuerstundungsmodellen
§ 52 Abs. 38a	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 52 Abs. 40	Steueränderungsgesetz 2003; Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 40 Satz 4	Haushaltsbegleitgesetz 2004

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 52 Abs. 40a	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 52 Abs. 41	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 42 und 43	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 52 Abs. 44	Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 46	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 52 Abs. 46a	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 52 Abs. 47 Satz 6	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 52 Abs. 50a	Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze
§ 52 Abs. 50b	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 52 Abs. 50c	Steueränderungsgesetz 2003
§ 52 Abs. 50c Satz 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 52 Abs. 51	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 52 Abs. 52	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 52a	Alterseinkünftegesetz
§ 52 Abs. 54	Gesetz zur Modernisierung des Schuldenwesens des Bundes
§ 52 Abs. 55f	Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 57a	Investmentmodernisierungsgesetz
§ 52 Abs. 58	Steueränderungsgesetz 2007
§ 52 Abs. 59a	Steueränderungsgesetz 2003

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 52 Abs. 59c	Steueränderungsgesetz 2003
§ 52 Abs. 57a Satz 5	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 59b Satz 1	Steueränderungsgesetz 2007
§ 62 Abs. 2	Zuwanderungsgesetz
§ 62 Abs. 2 Satz 2	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 65 Abs. 1 Satz 3	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 72 Abs. 8 Satz 1	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 75 Abs. 1	Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
§ 79 Satz 1	Alterseinkünftegesetz
§ 81	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 82 Abs. 1 Satz 1	Alterseinkünftegesetz
§ 82 Abs. 2	Alterseinkünftegesetz
§ 82 Abs. 4	Alterseinkünftegesetz
§ 86 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3	Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung
§ 86 Abs. 1 Satz 4	Alterseinkünftegesetz
§ 86 Abs. 2 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 86 Abs. 3	Alterseinkünftegesetz
§ 87	Alterseinkünftegesetz
§ 89	Alterseinkünftegesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 89 Abs. 1 Satz 1	Alterseinkünftegesetz
§ 89 Abs. 1 Satz 3	Alterseinkünftegesetz
§ 89 Abs. 2	Alterseinkünftegesetz
§ 90 Abs. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 90 Abs. 1 Satz 3	Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung
§ 90 Abs. 4	Alterseinkünftegesetz
§ 90a Abs. 1 Satz 1	Alterseinkünftegesetzc
§ 90a Abs. 1 Satz 3	Alterseinkünftegesetz
§ 90a Abs. 2 Satz 4	Alterseinkünftegesetz
§ 91	Alterseinkünftegesetz
§ 91 Abs. 2	Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung
§ 91 Abs. 1	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
§ 92 Nr. 3	Alterseinkünftegesetz
§ 93	Alterseinkünftegesetz
§ 93 Abs. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 93 Abs. 2 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 94 Abs. 1	Alterseinkünftegesetz
§ 94 Abs. 2 Satz 2	Alterseinkünftegesetz
§ 95 Abs. 2 Satz 4	Alterseinkünftegesetz
§ 97	Alterseinkünftegesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 99 Abs. 1	
§ 99 Abs. 2 Satz 1	Achte Zuständigkeitsanpassungsverordnung
§ 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2	Gesetz zur Einbeziehung beurlaubter Beamter in die kapitalgedeckte Altersversorgung; Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Alterseinkünftegesetz
Anlage 2 zu § 43b	Richtlinien-Umsetzungsgesetz

Anlage 2 zur
Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing u.a. und der Fraktion der FDP;
"Steuerbürokratie in Deutschland";
BT-Drs. 16/2526 vom 5. September 2006;

Körperschaftsteuergesetz,

geändert durch folgende Gesetze:

Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz)
Zitierdatum: 2003-05-16
Fundstelle: BGBl I 2003, 660

Gesetz zur Neustrukturierung der Förderbanken des Bundes (Förderbankenneustrukturierungsgesetz)
Zitierdatum: 2003-08-15
Fundstelle: BGBl I 2003, 1657

Zweites Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003)
Zitierdatum: 2003-12-15
Fundstelle: BGBl I 2003, 2645

Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
Zitierdatum: 2003-12-22
Fundstelle: BGBl I 2003, 2840

Haushaltsbegleitgesetz 2004 (HBeglG 2004)
Zitierdatum: 2003-12-29
Fundstelle: BGBl I 2003, 3076 (2004, 69)

Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der Europäischen Union sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG des Rates vom 3. Juni 2003 über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-12-02
Fundstelle: BGBl I 2004, 3112

Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung (RVOrgG)
Zitierdatum: 2004-12-09
Fundstelle: BGBl I 2004, 3242

Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-12-09
Fundstelle: BGBl I 2004, 3310

Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer Gesetze
Zitierdatum: 2004-12-15
Fundstelle: BGBl I 2004, 3416

Steueränderungsgesetz 2007
Zitierdatum: 2006-07-19
Fundstelle: BGBl I 2006, 1652

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 1 Abs. 1 Nr. 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 2 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 5 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 5 Abs. 1 Nr. 2	Förderbankenneustrukturierungsgesetz; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 5 Abs. 1 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 5 Abs. 1 Nr. 8 Satz 1 und 2	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
§ 5 Abs. 1 Nr. 16 Satz 3	Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer Gesetze
§ 5 Abs. 2 Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 5 Abs. 2 Nr. 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 8a	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 8b	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 8b Abs. 2	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 8b Abs. 3	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 8b Abs. 4	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 9 Abs. 2 Satz 3	Steueränderungsgesetz 2007
§ 14	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 14 Abs. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 14 Abs. 1 Nr. 2	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 14 Abs. 1 Nr. 3	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 14 Abs. 2	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 14 Abs. 3	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 15	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 15 Satz 1 Nr. 2 Satz 2	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 21 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 25 Abs. 1 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 26 Abs. 6	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2007
§ 26 Abs. 6 Satz 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 27 Abs. 6 Satz 4	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 29 Abs. 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 31 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 32 Abs. 2 Nr. 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 34	Steueränderungsgesetz 2003; Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Haushaltsbegleitgesetz 2004; EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz; Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung; Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
	Gesetze
§ 34 Abs. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz; Steueränderungsgesetz 2003; Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 34 Abs. 3	Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 34 Abs. 7	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 34 Abs. 9	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 34 Abs. 9 Nr. 2 bis 4	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 34 Abs. 11c	Steueränderungsgesetz 2007
§ 34 Abs. 13a	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 37 Abs. 2	Steuervergünstigungsabbaugesetz; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 38 Abs. 2 Satz 3	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 39 Abs. 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 40 Abs. 3	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 40 Abs. 4 Satz 4 bis 6	Steuervergünstigungsabbaugesetz

Anlage 3 zur
Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing u.a. und der Fraktion der FDP;
"Steuerbürokratie in Deutschland";
BT-Drs. 16/2526 vom 5. September 2006;

Umsatzsteuergesetz,

geändert durch folgende Gesetze:

Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz)
Zitierdatum: 2003-05-16
Fundstelle: BGBl I 2003, 660

Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz)
Zitierdatum: 2003-07-31
Fundstelle: BGBl I 2003, 1550

Zweites Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003)
Zitierdatum: 2003-12-15
Fundstelle: BGBl I 2003, 2645

Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz)
Zitierdatum: 2003-12-15
Fundstelle: BGBl I 2003, 2676

Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
Zitierdatum: 2003-12-24
Fundstelle: BGBl I 2003, 2954

Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
Zitierdatum: 2003-12-27
Fundstelle: BGBl I 2003, 3022

Haushaltsbegleitgesetz 2004
Zitierdatum: 2003-12-29

Fundstelle: BGBl I 2003, 3076 (2004, 69)

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen
Zitierdatum: 2004-04-23
Fundstelle: BGBl I 2004, 601

Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze
Zitierdatum: 2004-07-21
Fundstelle: BGBl I 2004, 1753

Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung
Zitierdatum: 2004-07-23
Fundstelle: BGBl I 2004, 1842

Gesetz zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Kommunales Optionsgesetz)
Zitierdatum: 2004-07-30
Fundstelle: BGBl I 2004, 2014

Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der Europäischen Union sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG des Rates vom 3. Juni 2003 über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-12-02
Fundstelle: BGBl I 2004, 3112

Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz)
Zitierdatum: 2004-12-09
Fundstelle: BGBl I 2004, 3310

Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
Zitierdatum: 2005-09-22
Fundstelle: BGBl I 2005, 2809

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
Zitierdatum: 2006-04-26
Fundstelle: BGBl I 2006, 1091

Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
Zitierdatum: 2006-04-28
Fundstelle: BGBl I 2006, 1095

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (HBeglG 2006)
Zitierdatum: 2006-06-29
Fundstelle: BGBl I 2006, 1402

Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft
Zitierdatum: 2006-08-22
Fundstelle: BGBl I 2006, 1970

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 1 Abs. 1 Nr. 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 1 Abs. 2 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 3 Abs. 5a	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 3 Abs. 9a Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 3 Abs. 11	Steueränderungsgesetz 2003
§ 3a	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 3a Abs. 3 Satz 4	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 3a Abs. 4	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 3a Abs. 5 Satz 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Nr. 5 Satz 1 Buchstabe a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Nr. 8 Buchstabe h	Investmentmodernisierungsgesetz
§ 4 Nr. 8 Buchstabe j	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 4 Nr. 9 Buchstabe b Satz 1	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
§ 4 Nr. 14 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Nr. 14 Satz 4 Buchstabe b	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Nr. 15	Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; Kommunales Optionsgesetz
§ 4 Nr. 16	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Nr. 16 Buchstabe d	Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 4 Nr. 19 Buchstabe a Satz 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4 Nr. 21a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 4b Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 5 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 9 Abs. 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 10 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 10 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 10 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 11 Abs. 3 Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 12 Abs. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2006
§ 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchstabe a	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchstabe b	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13 Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13 Abs. 1 Nr. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 13 Abs. 1 Nr. 3 und 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13 Abs. 1 Nr. 5	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 13a Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13a Abs. 1 Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13a Abs. 1 Nr. 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13b Abs. 1 Satz 1	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3	Haushaltsbegleitgesetz 2004
§ 13b Abs. 2	Haushaltsbegleitgesetz 2004; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 13b Abs. 2 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 13b Abs. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 13d Abs. 2 Satz 4	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 14	Steueränderungsgesetz 2003
§ 14 Abs. 2	Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 14 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 14 Abs. 4 Satz 1 Nr. 7	Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung
§ 14a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 14b Abs. 1	Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung
§ 15 Abs. 1Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15 Abs. 1a Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15 Abs. 1a Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15 Abs. 1b	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15 Abs. 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15 Abs. 5 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 15a	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 15a Abs. 3 Satz 1	Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft
§ 15a Abs. 4	Steueränderungsgesetz 2003; Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft
§ 15a Abs. 4 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 16	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 16 Abs. 1 Satz 4	Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 16 Abs. 4	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 16 Abs. 6	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 17 Abs. 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 17 Abs. 3 Satz 2	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 18	Steuervergünstigungsabbaugesetz; Steueränderungsgesetz 2003
§ 18 Abs. 1 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 18 Abs. 2a Satz 4	Steueränderungsgesetz 2003

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 18 Abs. 4b	Steueränderungsgesetz 2003
§ 18 Abs. 4c	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 18 Abs. 7	Steueränderungsgesetz 2003
§ 18 Abs. 9	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 18 Abs. 12 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 18a Abs. 1	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 18a Abs. 1 Satz 5	Steueränderungsgesetz 2003
§ 18a Abs. 9 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 18c Satz 2 Nr. 5	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 18d Satz 1	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz
§ 18e	Steueränderungsgesetz 2003; Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 19 Abs. 1 Satz 1	Kleinunternehmerförderungsgesetz
§ 19 Abs. 1 Satz 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 19 Abs. 1 Satz 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 20 Abs. 2	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze; Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung
§ 21 Abs. 2a	Steueränderungsgesetz 2003
§ 21 Abs. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 21 Abs. 4 Satz 5	Steueränderungsgesetz 2003
§ 22 Abs. 1	Steuervergünstigungsabbaugesetz
§ 22 Abs. 1 Satz 2	Steueränderungsgesetz 2003
§ 22 Abs. 1 Satz 4	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 22 Abs. 2	Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 22 Abs. 2 Nr. 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 22 Abs. 2 Nr. 3 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 22 Abs. 2 Nr. 4	Steueränderungsgesetz 2003
§ 24 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	Haushaltsbegleitgesetz 2006

geänderte Vorschriften	geändert durch Gesetz
§ 24 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	Steueränderungsgesetz 2003; Haushaltsbegleitgesetz 2006
§ 24 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3	Haushaltsbegleitgesetz 2006
§ 24 Abs. 1 Satz 3	Haushaltsbegleitgesetz 2006
§ 25 Abs. 4 Satz 1	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 25a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 25a Abs. 6 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 25b Abs. 2 Nr. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 25d	Steueränderungsgesetz 2003
§ 25d Abs. 1 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 26 Abs. 3 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 26 a	Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung
§ 26a Abs. 1	Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 26a Abs. 1 Nr. 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 26a Abs. 1 Nr. 5	Richtlinien-Umsetzungsgesetz
§ 27	Steueränderungsgesetz 2003; Richtlinien-Umsetzungsgesetz; Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft
§ 27 Abs. 1 Satz 2	Haushaltsbegleitgesetz 2006
§ 27 Abs. 3	Steueränderungsgesetz 2003
§ 27 Abs. 4 Satz 1	Steueränderungsgesetz 2003
§ 27 Abs. 5	Steueränderungsgesetz 2003
§ 27 Abs. 6	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen
§ 27a Abs. 1	Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
§ 27a Abs. 2 Satz 2	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz
§ 28 Abs. 4	Richtlinien-Umsetzungsgesetz



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333